

26./IX. 1917

73

Die Beamten nach dem Kriege. Es ist eine bekannte Tatsache, daß unter der Entwertung des Geldes, unter der Vertenerung aller Bedürfnisse der Lebenshaltung kein Stand so schwer zu leiden hat, wie die Festbesoldeten. Die schwierige Lage, in die die Staatsbeamten unter diesen Verhältnissen gelangt sind, haben sie veranlaßt, geeigneten Mittel und Wege nach einer Besserung zu suchen. Der Präsident der akademisch gebildeten Staatsbeamten Oesterreichs Professor Dr. Rudolf Wollan hat im Verlage von Wilhelm Braumüller eine Schrift erscheinen lassen: „Der Staat und seine Beamten nach dem Kriege. Vorschläge zu einer Neuregelung der Beamtengehälter.“ Der Verfasser vertritt die Ansicht, eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse sei nur davon zu erwarten, daß sich der Grundgehalt eines Beamten, der für die Gruppen A, B und C mit K. 2000, für die Gruppen D und E mit K. 1500 angelegt ist, jährlich um eine bestimmte Summe — bei Akademikern K. 200, für alle übrigen Gruppen K. 150 — erhöhe. Zum Gehalte sollte sich ein Rangszuschlag gesellen. Derselbe beträgt für die Praktikanten wie für die XI. Rangsklasse K. 500, für die X. K. 1000, für die IX. K. 1500, für die VIII. K. 2000, für die VII. K. 3000, für die VI. K. 4000, für die V. K. 6000, für die IV. K. 8000, für die III. Rangsklasse K. 10.000. Auch solle die Vorrückung der Beamten in höheren Rangsklassen als bisher normalerweise ihren Abschluß finden. Den Akademikern soll nach vollendetem 25. Dienstjahr die VI. Rangsklasse, den Beamten der Gruppe C nach endetem 30. Dienstjahr der VIII. Rangsklasse zuzuschlag der VII., bei der Gruppe E nach vollendetem 30. Dienstjahr der VIII. Rangsklasse zustehen. Das Wohnungsgeld, das für die Beamten vorgeschlagen wird, soll ihnen auch nach der Pensionierung verbleiben. Die Pensionen der im Ruhestande befindlichen Beamten und der Beamtenwitwen sollen sich jährlich um einen kleinen Betrag erhöhen, damit sie der Teuerung gegenüber einigermaßen geschützt seien. Nach dem Vorbild Deutschlands und Ungarns wird für die verheirateten Beamten ein 20prozentiger Zuschlag verlangt, wozu sich weitere Zuschläge für die Kinder zu gesellen hätten. Soweit die Vorschläge Dr. Wollans; sie eröffnen die Diskussion über ein Thema, das weite Schichten unserer Bevölkerung berührt und an dem der Staat nicht achtlos wird vorübergehen können.